

PRESSEMITTEILUNG

AfD-Stadtratsfraktion Neuwied lehnt geplante Änderung der Stellplatzsatzung ab ‚Politik gegen Autofahrer‘

NEUWIED – Die AfD-Fraktion im Stadtrat von Neuwied hat ihre geschlossene Ablehnung der geplanten Novellierung der städtischen Stellplatzsatzung bekannt gegeben. Die Fraktion kritisiert die Neuregelung als einseitige Belastung für Autofahrer und warnt vor weitreichenden negativen Folgen für die Innenstadt, den Einzelhandel sowie die Attraktivität des Wohnstandortes.

In einer offiziellen Stellungnahme bezeichnet die Fraktion den Entwurf als „Politik gegen Autofahrer“. Nach Ansicht der Ratsmitglieder führt die beabsichtigte künstliche Verknappung des Parkraums in der Innenstadt zu massiven Einschränkungen für Anwohner, Pendler und Besucher. Besonders betroffen seien Senioren, junge Familien und Personen im Schichtdienst, die auf das Kraftfahrzeug angewiesen sind.

Kritik an wirtschaftlichen und sozialen Folgen

Die Fraktion sieht durch die geplanten Verbote zur Herstellung von Stellplätzen in der „Gebietszone 0“ erhebliche Risiken für die Stadtentwicklung:

- **Wohnungsmarkt:** Immobilien ohne Parkflächen seien schwerer zu vermarkten. Zudem könnten Finanzierungshürden bei Banken den Wohnungsbau ausbremsen.
- **Einzelhandel:** Es wird eine Abwanderung von Kunden in Industriegebiete oder Umlandgemeinden befürchtet, da das ÖPNV-Angebot als unzureichend bewertet wird.
- **Verdrängungseffekte:** Die Fraktion warnt vor einem erhöhten Parkdruck in angrenzenden Wohnvierteln und einer Zunahme von Ordnungswidrigkeiten, die Rettungskräfte behindern könnten.

Forderung nach Flexibilität statt Verboten

Die AfD-Fraktion kritisiert insbesondere das vorgesehene Verbot zur Schaffung von Garagen und Stellplätzen im Innenstadtbereich. Als Alternative schlägt sie ein Wahlrecht für Investoren vor: Bauherren sollten die Freiheit erhalten, Stellplätze zu errichten, während bei einem Verzicht auf Parkraum keine Ablösezahlungen fällig werden dürften. Dies würde die notwendige Flexibilität für den Markt gewährleisten.

Zudem hinterfragt die Fraktion die ökologische Argumentation der Stadtverwaltung zur Flächenversiegelung und verweist auf technische Alternativen wie Rasengittersteine. Abschließend äußert die Fraktion die Sorge, dass die strengen Regelungen der Innenstadt zukünftig auf weitere Stadtteile ausgedehnt werden könnten.

Aufgrund der „ideologischen Prägung“ der Vorlage kündigte die Fraktion an, der Änderung in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen.

Pressekontakt: AfD-Fraktion im Stadtrat Neuwied

Geschäftsführer: Michael Fischer [michael.fischer@afd-neuwied.de] [0174-9139968]